

Ausgabe 77
November 2009

FRIEDENS BLÄTTER

Einzelpreis
1 EURO

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Malalai Joya

Die Große Lüge über Afghanistan



**Mein Land wurde nicht befreit, es wird
immer noch von den Warlords
kontrolliert und die NATO-Okkupation
vergrößert nur deren Macht.**



Inhalt Editorial

Abstimmung

Bundesweite Abstimmungsaktion
Über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan
Seite 3

Aufruf

Demonstration
Keine Mandatsverlängerung!
Bundeswehr und NATO raus aus Afghanistan!
Seite 4

Afghanistan

Die große Lüge über Afghanistan
von Malalai Joya
Seite 6

Rechenkünstler bei der NATO
von Peter Strutynski
Seite 7

Obamas „Raubtier“
Übersetzung und Zusammenfassung
von Helmut Woda
Seite 8

Militär weltweit

Aus alt mach neu
Die Raketenabwehrpläne der USA
von Ottfried Nassauer
Seite 10

Iran
Die Behauptung von Iran gehe eine atomare Bedrohung aus, ist eine Lüge
von John Pilger
Seite 11

Horn von Afrika
"Marine 2025+"
von René Heilig
Seite 13

Das erpresste „Ja“
EU-Militärpolitik
von Claudia Haydt
Seite 14

Termine
Seite 15

Impressum
Seite 16

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

"Nach der Wahl: Ausweitung der Kriege" ? Krieg oder nicht? Verteidigungsminister Guttenberg zeigt Verständnis dafür, dass die Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan ihren Einsatz als Krieg ansehen. "In Teilen Afghanistans gibt es fraglos kriegsähnliche Zustände" so Guttenberg. Auf die Frage, ob er Verständnis dafür habe, dass die deutschen Soldaten in Afghanistan längst von einem Krieg sprechen, antwortete Guttenberg: "Ich selbst verstehe jeden Soldaten, der sagt: In Afghanistan ist Krieg, egal, ob ich nun von ausländischen Streitkräften oder von Taliban-Terroristen angegriffen, verwundet oder getötet werde." So weit so gut. Er hält die von der Bundeswehr angeordneten Luftangriffe auf zwei entführte Tanklastwagen in Afghanistan für "militärisch angemessen" und geht zudem davon aus, dass es bei dem Militärschlag zivile Opfer gegeben hat. Will Guttenberg bei der anstehenden Abstimmung über die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes in der deutschen Bevölkerung glaubwürdig bleiben - auch im Hinblick auf die gefälschten Wahlen - muss er mit dem sofortigen Abzug beginnen.



Ich bedanke mich bei allen Autoren/innen und Gruppierungen für ihre Beiträge sowie bei den Fotografen/innen für die Bilder. Wir sehen uns am 28. November 2009 zur Demonstration „Keine Mandatsverlängerung“! Bundeswehr und NATO raus aus Afghanistan!, in Stuttgart.

Mit lieben Friedensgrüßen
Thomas Mitsch

FRIEDENSBLÄTTER! Wer abonniert ist informiert!

- Ich abonniere für 14 Euro im Jahr (jederzeit kündbar)
- Ich werde Fördermitglied im baden-württembergischen Förderverein Frieden e.V. Das bringt nicht nur die Friedensblätter ins Haus, sondern auch eine steuerlich absetzbare Spendenquittung.
Mein Jahresbeitrag: _____ € mindestens 30 EUR)

Name: _____

Adresse: _____

- ich überweise selbständig auf das Konto des Förderverein Frieden Nr. 196374704 bei der Postbank Stuttgart (60010070)
- ich zahle per Einzug jährlich (Abo) halbjährlich vierteljährlich

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Kontonummer: _____

Bitte Einsenden an: Friedensbüro Bad.-Württ.,
Spreuergasse. 45, 70372 Stuttgart
Fax: 0711-600718, Email: buero@friedensnetz.de

Unterschrift _____



Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist Bewegung in die Afghanistan-Politik gekommen. Die Lage am Hindukusch wird für die Besatzungstruppen immer prekärer, die Bevölkerung hier zu Lande (mittlerweile auch in den USA und Großbritannien) ist mehrheitlich gegen den Krieg und die Regierungen schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die „richtige“ Strategie zu. Eine günstige Gelegenheit also für die Friedensbewegung in der Öffentlichkeit wieder stärker gehört zu werden. Ein groß angelegte Abstimmungsaktion soll der Bewegung den nötigen Rückenwind verleihen.

1) Abstimmungen zwischen dem 20. und 28. November

Im Zeitraum vom 20. bis 28. November sollen in möglichst vielen Orten Abstimmungen in der Bevölkerung durchgeführt werden. Anlass ist die für Anfang Dezember vorgesehene Verlängerung (und möglicherweise sogar Ausweitung) des Bundeswehrmandats für den Krieg in Afghanistan. Hierzu sollten die örtlichen Friedensinitiativen und -bündnisse frühzeitig Pläne erstellen, wo und wie oft sie Abstimmungen anbieten. Die Abstimmungen sollen mit einem bundesweit einheitlichen Wahlzettel und mit ordentlichen Wahlurnen (auch selbst zu basteln aus festem Karton) durchgeführt werden. Die Abstimmungen können statt-

finden: - auf zentralen und gut frequentierten Plätzen, - an Universitäten, - vor Schulen, - in Kirchengemeinden, - in Gewerkschaftsversammlungen usw. Der Zeitraum 20.-28. November schließt evtl. Abstimmungen, die schon früher stattfinden (wenn es die örtliche Situation verlangt), nicht aus. Der Wahlzettel, mit dem die Abstimmungen bundesweit durchgeführt werden sollen, kann hier als pdf-Datei heruntergeladen werden (ausdrucken und auf DIN-A-5 verkleinern!): <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/abstimmungszettel.pdf>

2) Flyer, Plakat

Die Kampagne „Truppen raus aus Afghanistan“ hat ihren Flyer zur Bundestagswahl überarbeitet. Der Flyer kann hier besichtigt werden: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/flyer-abst.pdf>. Bestellungen bitte an: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692904, Fax 0228/692906; www.friedenskooperative.de/cgi-bin/bestell.pl. Ein tolles Plakat haben die Berliner Freundinnen und Freunde entworfen. Es eignet sich gut als Blickfang bei den Abstimmungen oder als Ankündigungsplakat. Hier ist es zu besichtigen und als Druckvorlage herunterzuladen – große Datei, beim Laden nicht die Geduld verlieren:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/abstimmung-plakat.pdf>

3) Aktionstag am 28. November

Am Ende der Abstimmungsaktionen, also am 28. November, empfiehlt es sich, vor Ort noch einmal zu zusammenfassenden Aktionen zu mobilisieren. Das kann in Form von Kundgebungen, aber auch (bzw. und) in Form von öffentlichen Stimmauszählungen geschehen.

4) Meldung der Abstimmungsergebnisse

Spätestens einen Tag später (29. November) müssen die örtlichen Abstimmungsergebnisse an folgende e-mail-Adresse übermittelt werden: <mailto:abstimmungsaktion@gmx.de>. Die Meldungen müssen folgende Informationen enthalten: Postleitzahl // Ort // (und ggf. Stadtteil oder Einrichtung) // Bundesland // Abgegebene Stimmzettel // Ja-Stimmen // Nein-Stimmen // Bemerkenswertes über die notierten Kommentare * * Natürlich können die Kommentare bundesweit nicht ausgewertet werden. Aber die örtlichen Organisatoren der Abstimmungen sollten die Kommentierungen auf jeden Fall (vorläufig) auswerten und wichtige Meinungsäußerungen, die häufiger vorkommen, mitteilen.

So könnte also eine Rückmeldung aussehen (Beispiel):

34117 Kassel, Markthalle, Hessen, 200, ja 40, nein 130, „Mehr in zivilen Aufbau investieren“, „Afghanistan geht uns doch nichts an“

5) Weitere Aktionen

Am Tag der Bundestagsabstimmung soll es Aktionen vor dem Reichstag geben. Dazu sollten Delegierte der Friedensbewegung aus den Abstimmungsorten nach Berlin kommen. Als Kampagnenseite steht uns die Website <http://www.afghanistandemo.de> zur Verfügung. Hier sind Dokumente (z.B. ein Plakat zur Abstimmung, der Wahlzettel, ein Leitfaden zur Aktion) herunterzuladen und aktuelle Informationen zu lesen.

Nun wünsche ich eine gute Vorbereitung und erfolgreiche Abstimmungsaktionen! Alles weitere auf der Website der Kampagne: <http://www.afghanistandemo.de/>

Viele Grüße, Thomas Mitsch

Bundesweite Abstimmung über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Anfang Dezember wird der Deutsche Bundestag darüber abstimmen, ob der Bundeswehreinsatz in Afghanistan fortgesetzt wird. Damit auch die Stimme der Bevölkerung gefragt wird, organisiert die Friedensbewegung im ganzen Land Abstimmungen. Das Ergebnis dieser Abstimmungen wird dem Parlament und der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Frage

**Sind Sie für die Verlängerung des
Bundeswehreinsatzes in Afghanistan?**

Ja

Nein

Raum für einen persönlichen Kommentar

*Den Abstimmungszettel bitte in die bereitstehenden
Wahlurnen werfen. Vielen Dank!*



Aufruf

Keine Mandatsverlängerung! Bundeswehr und NATO raus aus Afghanistan! Demonstration Samstag, 28. November, 13 Uhr Stuttgart, Lautenschlagerstrasse/Hauptbahnhof

Seit mehr als 8 Jahren führt die BRD zusammen mit anderen NATO-Staaten und weiteren Ländern Krieg gegen Afghanistan. Mit jedem Jahr eskaliert die Situation dort weiter. Monat für Monat steigt die Zahl afghanischer Zivilisten, die unter NATO-Bomben begraben oder bei sonstigen Kriegshandlungen getötet werden. Immer stärker weiten die USA den Krieg auf die pakistanischen

Grenzgebiete aus und destabilisieren damit die benachbarte Atommacht. Deutschland stellt mit derzeit maximal 4500 Soldaten für ISAF und zusätzlichen 300 Soldaten für das „Airborne Warning and Control System“ (AWACS) das drittgrößte Militärkontingent der 42 beteiligten Staaten.

Somit verfügt die BRD über einen hohen Einfluss auf die Kriegsführung und bestimmt maßgeblich das Kriegsgeschehen mit. So brachte der Befehl eines Bundeswehroffiziers, zwei Tanklastzüge in Kundus zu bombardieren, über 100 AfghanInnen den Tod.

Anfang Dezember steht die Entscheidung über die Verlängerung des Mandats für die Beteiligung der Bundeswehr an der sogenannten „Internationalen Schutztruppe für Afghanistan“ (ISAF) im Bundestag an.

Krieg für Menschenrechte und Demokratie?...

Seit Kriegsbeginn verschlechtert sich die Situation der afghanischen Bevölkerung stetig:

- 61% sind chronisch unterernährt
- die durchschnittliche Lebenserwartung ist auf 42,9 Jahre gesunken, während sie in den Nachbarstaaten um 20 Jahre höher liegt
- 87% haben keinen gesicherten Zugang zu Trinkwasser
- die Alphabetisierungsrate von Erwachsenen ist von 28,7 auf 23,5% gesunken
- 94% besitzen keinen Zugang zu Elektrizität
- über 50.000 Menschen sind bisher durch direkte Kriegshandlungen umgebracht worden, Millionen mussten fliehen.

Entgegen der hiesigen Propaganda, nach der die zivile Aufbauhilfe der Schwerpunkt des Afghanistaneinsatzes sei, wird stattdessen ein Vielfaches der Mittel für den Krieg ausgegeben. Es wird also nicht für Demokratie und Menschenrechte gekämpft. Auch für Frauen bringt Krieg und Besatzung mehrheitlich massive Verschlechterungen mit sich. In vielen ländlichen Gebieten können nur 1 bis 2 % der Mädchen eine Schule besuchen. Durch die steigende Armut werden immer mehr Frauen in Prostitution und/oder Drogenabhängigkeit getrieben. 31 % der Frauen erleiden physische Gewalt, jede vierte Frau ist Opfer sexueller Gewalt. Die Selbstmordrate bei Frauen war in Afghanistan noch nie so hoch wie heute. Diskriminierung, Unterdrückung, Verschleierungspflicht, kaum Möglichkeiten auf Bildung und eigenständiges Einkommen sind weiterhin Alltag für die meisten Frauen.

Krieg für Einfluss und Profit!

Tatsächlich geht es in Afghanistan um militärstrategische und wirtschaftspolitische Ziele. Das Land liegt an der Schnittstelle zukünftiger Transportwege für Erdöl und Erdgas im Zentrum des Mittleren Ostens, zwischen Russland, China, Indien und Iran. Afghanistan wurden im Rahmen der Besatzung neoliberale Wirtschaftsreformen verordnet, wie die Abschaffung von Schutzzöllen, die umfassende Privatisierung von Staatsbetrieben und Steuerbefreiung für vier bis



acht Jahre für investierende Konzerne. Das deutsche Bundesamt für Außenwirtschaft bezeichnet Afghanistan heute dreist als „eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt“.

Während die Zwangsöffnung des afghanischen Marktes internationalen Konzernen hohe Profite beschert, liefert sie die verbliebenen heimischen Unternehmen schutzlos der ausländischen Konkurrenz aus. Den Menschen in Afghanistan verbleibt als Folge neben sozialen Problemen ein Haushaltsdefizit, welches sich auf ca. 6,5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008 belief.

Allein deutsche Konzerne exportierten im Jahr 2008 Waren im Wert von 267,7 Mio. Euro nach Afghanistan, während sich die Importe auf lediglich 2,7 Mio. Euro beliefen. Von der Besetzung profitieren also viele Konzerne, wie Südzucker, Siemens und DHL. Um die Durchsetzung der Interessen und den Profit dieser und anderer Konzerne zu sichern, wurde in Afghanistan mit massiver Förderung der kriegsführenden Besatzer die Marionettenregierung Karzai's im Dezember 2001 in Petersberg bei Bonn eingesetzt.

Karzai war vor seinem Regierungsantritt Lobbyist des US-Ölkonzerns Unocal.

Rolle der BRD

Der Einsatz in Afghanistan treibt vorrangig die massive Aufrüstung und Umstrukturierung der Bundeswehr zur Interventionsarmee voran. Mit der Beteiligung an Kriegseinsätzen baut die Bundesrepublik ihre Großmachtrolle aus. Sie ist ein tragender Teil der NATO, darüber hinaus sind einige der weltweit größten Rüstungskonzerne in der Bundesrepublik angesiedelt, wie zum Beispiel Heckler & Koch, Rheinmetall, DASA, MAN, Siemens...

Wie bereits vor acht Jahren ist die Bundesregierung bemüht, ihre Beteiligung an Kriegen als gerechtfertigt, ja als Friedenssicherung zu verkaufen. Obwohl Sozialleistungen massiv gekürzt und gestrichen werden, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klafft, steigt der Militäretat und die Ausgaben für Rüstung kontinuierlich. Aktuell fordert der US-Präsident Obama eine Aufstockung deutscher Truppen in Afghanistan auf bis zu 7 000 Soldaten; der Bundestag wird im Dezember über die Verlängerung und Ausweitung des Mandates entscheiden. Die Bundesregierung hat ein Interesse an der Fortführung dieses Krieges.

Folglich liegt es in unserer Verantwortung aktiv zu werden und laut und deutlich unseren Protest gegen Krieg auf die Straße zutragen!!

Krieg und Besatzung sind keine Lösung! Wir solidarisieren uns mit den fortschrittlichen Kräften in Afghanistan und fordern das sofortige Ende des Terrors gegen die afghanische Bevölkerung!

Stoppt den Krieg! Truppen raus aus Afghanistan!

Kommt zur Demonstration in Stuttgart gegen die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes!

Demonstration in Stuttgart am Samstag, 28. November 2009, 13 Uhr Treffpunkt Lautenschlagerstraße (Nähe Hauptbahnhof)

UnterstützerInnen:

AGIF Föderation der ArbeitsmigrantInnen in Deutschland, Anti-KriegsForum Heidelberg, AKI Arbeitskreis Internationalismus Stuttgart, attac Schorndorf, attac Stuttgart, ATIK Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa, ATIK-YDG Neue demokratische Jugend, DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe Karlsruhe, DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Baden-Württemberg, DIE.LINKE KV Stuttgart, DKP Stuttgart, Friedensnetz Baden-Württemberg, Friedensplenum /Anti-kriegsbündnis Tübingen, Krisenprotestbündnis Stuttgart, Linke Hochschulgruppe Stuttgart, MLPD Baden-Württemberg, MLPD Stuttgart, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisation Stuttgart, Palästina-Komitee Stuttgart, RAS Revolutionäre Aktion Stuttgart, Solidarität International Stuttgart, ver.di Bezirk Stuttgart, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften (<http://www.ot-gegenkrieg.de.vu/>)



Mein Land wurde nicht befreit, es wird immer noch von den Warlords kontrolliert, und die NATO-Okkupation vergrößert nur deren Macht.

von Malalai Joya



Bild: Malalai Joya, Linke Zeitung

Im Jahr 2005 war ich die jüngste Person, die in das neue afghanische Parlament gewählt wurde. Frauen wie ich, die sich um eine (politische) Position bewarben, wurden als Beispiele dafür angeführt, dass der Krieg in Afghanistan die Frauen befreit habe. Aber diese Demokratie ist nur Fassade, und die so genannte Befreiung ist eine große Lüge.

Im Namen meines schon so lange leidenden Volkes spreche ich allen Menschen in Großbritannien, die ihre Lieben auf afghanischem Boden verloren haben, mein herzliches Beileid aus. Wir teilen den Kummer der Mütter, Väter, Ehefrauen, Söhne und Töchter der Gefallenen. Meiner Meinung nach sind diese britischen Verluste – wie die vielen tausend zivilen afghanischen Toten – Opfer einer ungerechten Politik der Nato-Länder unter Führung der US-Regierung. Fast acht Jahre nach dem Sturz des Taliban-Regimes sehen wir uns um unsere Hoffnungen auf ein wirklich demokratisches und unabhängiges Afghanistan betrogen – durch die weiter andauernde Herrschaft der Fundamentalisten und eine brutale Besetzung, die im Grunde genommen nur den strategischen Interessen der USA in dieser Region dient. Sie sollten begreifen, dass die von Hamid Karsai geführte Regierung voller Warlords und Extremisten steckt, die wegen ihrer Einstellung Brüder der Taliban sein könnten. Viele dieser Männer begingen während des Afghanischen Bürgerkrieges in den 90er Jahren

furchtbare Verbrechen am afghanischen Volk.

Weil ich offen meine Meinung vertreten habe, wurde ich aus dem Parlament ausgeschlossen. Ich habe zahlreiche Mordversuche überlebt. Die Tatsache, dass man mir mein Mandat genommen hat, während brutale Warlords Immunität genießen und deshalb nicht für ihre Verbrechen angeklagt werden können, sagt alles, was Sie über diese "Demokratie" wissen müssen, die auch noch von NATO-Truppen gestützt wird.



Bild: flickr, US-Army

Nach unserer Verfassung ist es Kriegsverbrechen verboten, für hohe politische Ämter zu kandidieren. Dennoch hat Karsai zwei notorische Warlords – Fahim und Khalili – bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl als seine Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten benannt. Diese Wahl wird überschattet von den Machenschaften der Warlords und von der Korruption; sie findet in einem besetzten Land statt: Deshalb fehlt ihr die Legitimationsgrundlage, denn es scheint so, als würde die wirkliche Auswahl (des Präsidenten) wieder einmal hinter verschlossenen Türen im Weißen Haus getroffen. Bei uns in Afghanistan gibt es dazu das Sprichwort: "Der gleiche Esel mit einem anderen Sattel!"

Bisher verfolgt Obama in Afghanistan die gleiche Politik wie Bush. Durch die Entsendung weiterer Truppen und die Ausweitung des Krieges nach Pakistan wird nur neues Öl ins Feuer gegossen. Wie viele andere Afghanen habe auch ich in den dunklen Jahren der Taliban(-Herrschaft) mein Leben riskiert, als ich

an Grundschulen Mädchen unterrichtet habe. Heute ist die Situation der Frauen genau so schlimm, wie sie (unter den Taliban) war. Opfer von Misshandlungen und Vergewaltigungen finden keine Gerechtigkeit, weil das Gerichtswesen von Fundamentalisten dominiert wird. Immer mehr Frauen sehen keinen anderen Ausweg aus einem Leben voller Leiden, als den Selbstmord durch Selbstverbrennung.

In dieser Woche sagte US-Vizepräsident Joe Biden, in Afghanistan seien "weitere Verluste an Menschenleben unausweichlich", und die andauernde Besetzung (des Landes) diene dem "nationalen Interesse" der USA und Großbritanniens.

Ich habe eine andere Botschaft für die Menschen in Großbritannien. Ich glaube nicht, dass es in Ihrem Interesse ist, mit anzusehen, wie noch mehr junge Leute in den Krieg geschickt und noch mehr Ihrer Steuergelder für eine Besetzung verschwendet werden, die einer Bande korrupter Warlords und Drogenbarone die Macht in Kabul sichert. Und was noch wichtiger ist: Dieses Blutvergießen muss nicht ewig weitergehen. Einige behaupten, wenn die ausländischen Truppen Afghanistan verließen, werde das Land in einen Bürgerkrieg stürzen. Ist das heute etwa kein Bürgerkrieg und keine Katastrophe? Je länger die Besetzung andauert, desto schlimmere Formen wird dieser Bürgerkrieg annehmen.

Das afghanische Volk will Frieden, und die Geschichte lehrt uns, dass wir Besatzer immer vertrieben und jede Beherrschung von außen schließlich überwunden haben. Wir wünschen uns die helfende Hand internationaler Solidarität, aber wir wissen auch, dass Werte wie die Menschenrechte nur von den Afghanen selbst erkämpft und bewahrt werden können. Ich weiß, dass Millionen Menschen in Großbritannien diesen Konflikt so schnell wie möglich beendet sehen wollen. Deshalb können wir unsere Stimmen für Frieden und Gerechtigkeit auch gemeinsam erheben.

Erschien am 02.08.2009 Linke Zeitung

(Die Linke Zeitung hat den eindringlichen Appell der jungen afghanischen Abgeordneten Malalai Joya komplett übersetzt. Informationen über Malalai Joya sind aufzurufen unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Malalai_Joya und <http://www.malalaijoya.com/index1024.htm>)

Siehe auch Interview mit Malalai Joya von Thomas Mitsch im Friedensblatt 02/2008



Rechenkünstler bei der NATO

von Peter Strutynski

Man könnte von einer Lachnummer sprechen, wenn der Hintergrund nicht so ernst wäre: Am 4. September veranlasste ein deutscher Kommandeur in der Nähe von Kundus einen Luftangriff auf zwei von den Taliban entführte Tanklastwagen und richtete damit ein Inferno an. Von über 100 Toten, darunter zahlreichen Zivilisten war die Rede und die Bundeswehr geriet unter erheblichen öffentlichen Druck im In- und Ausland. Nun, gut sechs Wochen nach dem "Vorfall", legt die NATO einen Untersuchungsbericht vor, in dem angeblich davon die Rede ist, dass die Zahl der Getöteten nicht genau ermittelbar sei; sie läge zwischen 17 und 142 Menschen. Die Bundeswehrführung fühlt sich entlastet (die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine titelte: "Freispruch für die Bundeswehr") und interpretiert den Bericht als Bestätigung der Richtigkeit des damaligen Angriffs. Nicht der zuständige Minister - von und zu Guttenberg wollte sich mit diesem Thema wohl noch nicht die Hände schmutzig machen -, sondern der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, stellte die Kernpunkte des Berichts vor der Presse dar und gab eine an Rabulistik grenzende Bewertung ab: "Der Bericht bestätigt damit nicht, dass durch den Luftschlag unbeteiligte Personen getötet wurden."

Die Öffentlichkeit muss sich in mehrfacher Hinsicht getäuscht, hintergangen und verarscht fühlen. Zum einen ist der Untersuchungsbericht geheim - er liegt der Bundeswehrführung vor und die pickt sich die Botschaft heraus, die ihr genehm ist. Die Öffentlichkeit hat keine Chance mitzudiskutieren, da ihr die im Bericht genannten Fakten vorenthalten bleiben.

Zum anderen hat die NATO-Kommission, die den Vorfall untersuchte, ein wahres Meisterstück vollbracht. Die Zahl der Todesopfer liege zwischen 17 und 142, soll es im Bericht heißen. Die genaue Zahl der Toten sei laut Schneiderhan "nicht mehr ermittelbar". Das macht stutzig. Dass die genaue Zahl heute "nicht mehr ermittelbar" sei, wäre allenfalls dann plausibel, wenn mit den Ermittlungen erst sehr spät angefangen wurde. Die NATO-Kommission ermittelt

aber von Anfang an. Zudem gab es unmittelbar nach dem Angriff eine offizielle Verlautbarung der Bundeswehr. Darin war von "56 getöteten Aufständischen" die Rede. Die afghanische Provinzregierung von Kundus sprach damals bereits von 90 Todesopfern (diese Zahl wurde später auf 50 gesenkt). Und ein Einwohner aus dem betroffenen Dorf Hadschi Amanullah sagte der Deutschen Presse-Agentur am 4. Sept. am Telefon, es habe mehr als 150 Tote und Verletzte gegeben: "In der Gegend waren auch Taliban, aber mehr Opfer gibt es unter Zivilisten."

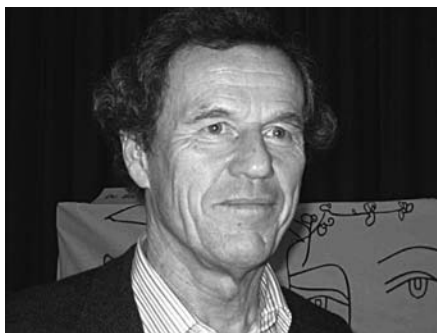


Foto: www.initiative-gegen-krieg-paderborn.de
Peter Strutynski

Die vage Behauptung des NATO-Berichts, bei dem Angriff seien zwischen 17 und 142 Menschen ums Leben gekommen, ist nicht das Ergebnis eigener Recherche, sondern referiert lediglich verschiedene Quellen. Dazu aber hätte es keiner Untersuchungskommission bedurft. Interessant ist auch der Umstand, dass offenbar eine NATO-Untersuchungskommission bereits am 7. September, also sehr zeitnah zum tödlichen Geschehen, einen geheimen Berichtsentwurf erarbeitet hatte, in dem von 90 Toten und Verletzten die Rede war. Darunter seien mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zahlreiche Zivilisten gewesen, wie das ZDF berichtete. Die Zahl der Toten schwankte gemäß dieser NATO-Untersuchung zwischen 70 und 78. Geht man ernsthaft vom jetzt "ermittelten" Niedrigstwert 17 aus, dann müssten viele am 4. September getöteten also wieder auferstanden sein.

Und dann noch diese Aussage im NATO-Bericht: Es könne zwischen 30 bis 40 getötete und verletzte Zivilisten gegeben haben! Wir rechnen nach: Wenn bei der Anzahl der Todesopfer von der Untergrenze ausgegangen wird (17), wie kommt man dann auf 30 bis 40 zivile Opfer? Gut, da sind auch "verletzte" Zivilisten dabei. Aber wie verhalten sich solche Angaben zu den anderen Berichten, etwa

dem des Kabuler Präsidenten Hamid Karsai - einem ausgesprochenen Freund und Liebling der Bundesregierung. Die von ihm eingesetzte Untersuchungskommission war Mitte September zu dem Schluss gekommen, dass bei dem Bombardement 30 Zivilisten und 69 Taliban-Kämpfer getötet worden waren. Karsai wollte damit keineswegs die Bundeswehr kritisieren - im Gegenteil: Er gab ausschließlich den Taliban die Schuld an dem Vorfall. Aber kann sich seine Kommission so verrechnet haben?

Eine andere Quelle, die seriös zu sein scheint, ist der britische Guardian. Am 12. September veröffentlichte er Aussagen von 11 Augenzeugen, die kurze Zeit nach dem Angriff am Ort des Geschehens waren um nach vermissten Angehörigen, allesamt zivile Dorfbewohner, zu suchen. Es ist ein erschütternder Bericht, der darauf hindeutet, dass die Zahl der Opfer, die von den Explosionen zerstückelt, verbrannt und bis zur Unkenntlichkeit entstellte wurden, sehr groß gewesen sein muss.

Aber konnte man ernsthaft erwarten, dass der NATO-Bericht solches preisgibt? Man sollte nicht vergessen, dass hier eine NATO-Untersuchungskommission sich selbst untersucht hat. General Schneiderhan hat in seinem Pressestatement darauf hingewiesen, dass "der Vorfall am 4. September nicht isoliert betrachtet werden" dürfe. So sehen wir das auch. Es war nicht das erste Mal, dass Zivilisten bei NATO-Angriffen ums Leben kamen, sondern das gehört zum schmutzigen Krieg in Afghanistan, der zum größten Teil aus der Luft geführt wird und in der Regel nicht zwischen "Taliban-Kämpfern", "Terroristen" und Zivilpersonen unterscheiden kann. Und auch die Frage darf gestellt werden, was die NATO, was die Bundeswehr in Afghanistan überhaupt verloren hat. Dass Deutschland am Hindukusch verteidigt werde, glaubt nun wirklich niemand mehr. Und mittlerweile pfeifen es alle Spatzen und Experten von den Dächern, dass dieser Krieg von den Besatzern nicht gewonnen werden kann. Bis die das aber einsehen, wird es noch viele Tote geben - auf beiden Seiten und vor allem unter der Zivilbevölkerung. Es gibt nur einen Weg, diese Tragödie zu beenden: den Abzug der Truppen und die Beendigung des Krieges.

Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag



Obamas „Raubtier“, die Flugdrohne „Predator“, eine neue Stufe tödlicher, staatlich sanktionierter Gewalt.

Nach einem Artikel im „The New Yorker“ vom 26.10.2009, Übersetzung von Helmut Woda

Am 5. August 2009 abends begab sich Baitullah Mehsud, der Führer der Taliban in Pakistan, auf dem Dach des Hauses seines Schwiegervaters zur Ruhe. Es war eine heiße Sommernacht in Zanghara, einem Dorf in Süd-Wasiristan, und seine Frau und sein Onkel, ein Arzt, waren bei ihm. Auf dem Infrarotbild der unbemannten Flugdrohne, die unerkannt 3 km über dem Haus kreiste, konnte die Feuerleitstelle in besonderer Bildqualität alle Details erkennen, Baitullah Mehsud erhielt soeben eine Spritze, weil er Diabetiker war. Die Behörden verfolgten in Echtzeit bei gleichbleibend guter Bildqualität, wie die CIA ferngesteuert 2 Hellfire (Höllener) Raketen von der Drohne abfeuerte. Nachdem sich die Explosionswolke gelegt hatte, war von Baitullah Mehsud nur mehr ein abgetrennter Torso zu sehen, 11 weitere Menschen verloren bei dem Angriff ihr Leben, seine Frau, sein Schwiegervater, seine Schwiegermutter, ein Leutnant und sieben Leibwächter. Bisher hatte die CIA während der letzten 14 Monate bei 16 Angriffen vergeblich versucht, Baitullah Mehsud zu töten. Bei dieser Jagd auf ihn mussten zwischen 207 und 321 weitere Menschen ihr Leben lassen, je nach dem, welche Quellenangaben herangezogen werden.

Dazu die ARD Tagesschau vom 29.10.2009: »Das renommierte Magazin "The New Yorker" berichtet, die gezielte Exekution von mutmaßlichen Al-Kaida- und Talibanführern in Pakistan sei mittlerweile offizieller Bestandteil der Obama-Politik. Allein in den ersten neun Monaten seiner Amtszeit habe Präsident Obama 41 Angriffe mit Hilfe ferngesteuerter Drohnen angeordnet. Das wären mehr Angriffe mit unbemannten Kleinstflugzeugen als in den gesamten letzten drei Jahren der Amtszeit von George W. Bush. Nach Recherchen der Zeitung "The New Yorker" wurden bei diesen ferngesteuerten Angriffen auf mutmaßliche Terroristen in Pakistan mehr als 500 Menschen getötet.«

Die Militärexpertin Jane Mayer beschreibt in der Ausgabe des Magazins

„The New Yorker“ vom 26.10.2009 (http://www.newyorker.com/reporting/2009/10/26/091026fa_fact_mayer?currentPage=all) unter dem Titel: „The Predator War. What are the risks of the C.I.A.'s covert drone program?“ (Der „Raubtier“-Krieg. Was sind die Risiken des geheimen Drohnenprogramms der CIA?) nicht nur den Angriff auf Baitullah Mehsud und mit vielen Details die Ausgestaltung und das Ausmaß dieser neuen Kriegsförm, sondern diskutiert auch die verschiedenen Implikationen bezüglich des Völkerrechts und der demokratischen Öffentlichkeit. Und sie stellt heraus, dass dieses Programm jeweils von Obama selbst genehmigt wird. Vor und nach der Verleihung des Friedensnobelpreises.



Bild: Drohne, von Sepah News

So geht sie der Frage nach, wie führbar ist dieser Krieg. Als Friedensbewegung haben wir aber keine Illusionen, dass innere Hemmnisse und Widersprüche eine Abkehr von diesen zynischen Tötungsautomaten bewirken würden. So werden wohl alle Risiken diskutiert mit dem Ziel, das Programm und seine Wirkungsweise zu ermöglichen. Für die Friedensbewegung ist es aber wichtig, die genauen Eigenschaften des Krieges der Drohnen zur Kenntnis zu nehmen, dafür ist ihr Artikel sehr gut geeignet. In der Folge also eine knappe Zusammenfassung des sehr umfangreichen Originals.

Sie schreibt: „Roger Cressey, ein ehemaliger Antiterror Beamter des Nationalen Sicherheitsrates, der jetzt Partner bei der Beratungsfirma „Good Harbor“ (Sicherer Hafen) ist, sagte mir: 'Sowohl wir als auch Pakistan sahen mit Freude, wie sich Mehsud in Rauch auflöste.' Tatsächlich entstand keine kontroverse öffentliche Debatte als wenige Tage nach diesem Raketenangriff der Fernsehsender CNN berichtete, dass Präsident Obama diesen Angriff autorisiert hatte.“

Die US Regierung betreibt 2 Drohnenprogramme. Die militärische Variante, die in den USA öffentlich anerkannt ist, wird in den als Kriegszonen bekannten Ländern Afghanistans und Iraks einge-

setzt. Gegner des US Militärs sind dort die Ziele. Bei dieser Anwendung ist der Krieg der Drohnen lediglich eine weitere Variante konventioneller Kriegsführung. Das zweite, das Programm der CIA, zielt auf Terrorverdächtige rund um den Globus auch in Ländern, in denen sich kein US Militär aufhält. Die Bush Regierung hat dieses Programm gestartet und Obama führt es ohne personelle und inhaltliche Veränderungen weiter. Das Programm ist als geheim eingestuft, und die CIA lehnt jede Information der Öffentlichkeit darüber ab, welches die Einsatzgebiete sind, wie die Ziele ausgewählt werden, wer verantwortlich ist oder wieviele Personen bereits getötet worden sind.

Trotzdem werden alle paar Tage Berichte über weitere tödliche Angriffe bekannt, obwohl die pakistanische Regierung und das Militär alle Journalisten am Betreten der betroffenen Gebiete hindern. Während so die Berichte nicht immer bestätigt werden können, werden dadurch doch die Konturen klar: die CIA arbeitet mit dem pakistanischen Nachrichtendienst zusammen an einer aggressiven Kampagne, um alle lokalen und ausländischen Aktivisten auszulöschen, die Zuflucht in den unzugänglichsten Teilen des Landes suchen.

Die ersten zwei Luftangriffe unter der Obama Regierung fanden am Morgen des 23. Januar statt, am dritten Amtstag Präsident Obamas. Rasch wurde klar, dass diese Angriffe etwa 20 Todesopfer forderten. Während der erste Angriff vier Arabern galt, die als Anhänger von Al-Kaida vermutet wurden, traf der zweite Angriff das falsche Haus, das Haus eines regierungsfreundlichen Stammesführers 10 km außerhalb von Wana in Süd Wasiristan. Seine gesamte Familie wurde ausgelöscht einschließlich dreier Kinder, eines davon gerade mal 5 Jahre alt.

Die CIA Bombardements nahmen danach rapide zu. Während der ersten 9,5 Monate im Amt hat Obama ebenso viele Luftangriffe in Pakistan genehmigt wie George Bush in seinen letzten drei Amtsjahren. Mindestens 41 Angriffe wurden genehmigt, also etwa ein Angriff pro Woche, die zwischen 326 bis 538 Menschen das Leben kosteten.

Zu jedem beliebigen Zeitpunkt hat die CIA mehrere Drohnen gleichzeitig in Pakistan in der Luft. Es sind so viele Drohnen, dass es zu Streitigkeiten unter Kontrolleuren darüber kommt, wem welche



Ziele gehören sollen.

Der Bestand der US-amerikanischen Luftwaffe wurde seit 2001 von 50 auf fast 200 Drohnen vergrößert. Die CIA gibt keine Zahlen bekannt, die Regierung plant aber weitere 100erte zu bestellen, einschließlich der neuen winzigen „Nanodrohnen“, die ihre Beute wie Killerbienen verfolgen.

Die Attraktivität des Krieges auf Knopfdruck im Kampf gegen Al-Kaida ist leicht nachzuvollziehen, trotzdem wurde die Förderung des Predatorprogramms von erstaunlich geringer öffentlicher Diskussion begleitet angesichts der Tatsache, dass dieses Programm eine grundsätzlich neue und geografisch unbeschränkte Anwendung staatlich sanktionierter tödlicher Gewalt darstellt. Und aufgrund der Geheimhaltung des Programms durch die CIA gibt es kein öffentlich sichtbares System der Datenerfassung trotz der Tatsache, dass die CIA viele Zivilisten in einem politisch fragilen, nuklear bewaffneten Land tötet, das sich nicht im Krieg mit den USA befindet.

Bei der CIA werden die Kleinflugzeuge von Zivilisten gesteuert. Nach Angaben eines Anti-Terror-Beamten sind die privaten Auftragnehmer erfahrene Fachkräfte, oftmals militärische oder nachrichtendienstliche Beamte im Ruhestand. Ein Teil der Piloten und Bediener arbeiten im Ausland in der Nähe versteckter Landestreifen in Afghanistan und Pakistan an Start und Landung. Sobald der Flieger in der Luft ist wird die Kontrolle elektronisch auf Hintergrund Operateure in Langley, Virginia (Hauptsitz der CIA), übergeben. Unter Verwendung von Joysticks wie bei Videospiele beobachten diese Operateure, neben sich nachrichtendienstliche Beamte, auf großen Bildschirmen die Livebilder der Kameras der Drohne. In ihrem vorstädtischem Lehnstuhl können sie, auch ohne konventionelle Flugschulung, Kurven fliegen, die Landschaft unter dem Kleinflugzeug heranzoomen und entscheiden, ein bestimmtes Ziel zu vernichten. Unter Verwendung eines laufenden Datenbestandes, zugesandt von der Nationalen Sicherheitsadministration, können sie überprüfen, ob ein „Ziel“ korrekt identifiziert wurde. Am Ende ihrer Schicht fahren diese Schreibtischkrieger zum Abendessen nach Hause. Das Weiße Haus hat CIA Beamten, einschließlich dem Leiter des Anti-Terror-Zentrums, die Befehlsgewalt zur Feuerfreigabe übertragen.

Aufgrund ihrer Geheimhaltung wird von der CIA die Identität dieses Leiters nicht preisgegeben.

Die Live-Bilder eines Luftschlages werden von Beobachtern sowohl als erhebbend als auch entsetzlich beschrieben. Man sieht diese kleinen Figuren davon hasten, dann die Explosion und nach dem Verziehen der Explosionswolke nur Müll und verkohltes Fleisch. Menschen, die nach Deckung hasten, gehören immer dazu, sie werden unter dem Stichwort „Spritzfüßler“ geführt.

Kritiker, wie Mary Dudziak, Professorin an der Rechtsfakultät der University of Southern California, sagen, Drohnen sind eine Technologie, die die amerikanische Öffentlichkeit immer mehr von der tatsächlichen militärischen Realität entfernt und so politischen Überprüfungen eines Krieges ohne Ende den Boden entzieht. Noch vor ein paar Jahren waren solche Handlungsweisen absolut verpönt. Im Juli 2001 verurteilten die USA israelische gezielte Tötungen palästinensischer „Terroristen“. Diese seien rechtsfreie Tötungen, die die USA nicht unterstützten. Mit Blick auf Skandale in der Vergangenheit lehnte es die CIA vor dem 11. September 2001 ab, Kleinflugzeuge für etwas anders als nur für Aufklärung einzusetzen.

Aber nach dem Terrorangriff auf das eigene Land änderte die CIA ihre Haltung und beantragte beim Weißen Haus eine Erweiterung ihrer Vollmachten. Innerhalb weniger Tage unterschrieb Präsident Bush ein geheimes Memorandum mit dem er die CIA ermächtigte, Mitglieder von Al-Kaida und ihre Anhänger praktisch weltweit töten zu dürfen. Der Kongress billigte diese Vorgehensweise mit seiner Gesetzesvorlage „Ermächtigung für die Anwendung militärischer Gewalt“. Die USA schlossen sich damit der israelischen Position an auf das Recht zur Anwendung tödlicher Gewalt bei voraussetzender Selbstverteidigung gegen vermutete Terroristen.

Trotz der Erfolge hat das Drohnenprogramm nachhaltige ethische Debatten ausgelöst. Menschen werden getötet, dafür ist aber im Allgemeinen eine gewisse öffentliche Rechtfertigung erforderlich. Bei diesem Programm handhabt aber ein Nachrichtendienst tödliche Gewalt im geheimen. Nach internationalem Recht müsste die US Regierung eine Gruppe

Terroristen als eine Gruppe, die an einem bewaffneten Konflikt teilnimmt, bestimmen, und die Anwendung von Gewalt muss eine militärische Notwendigkeit sein. Es darf keine mögliche Alternative zur Tötung gegeben sein, wie z.B. eine Gefangennahme, und um den Tod zu rechtfertigen müssten die Betroffenen direkt an Feindseligkeiten teilnehmen. Die Anwendung von Gewalt muss in einem angemessenen Verhältnis zur Bedrohung stehen. Schließlich muss die jeweilige Regierung des Landes, in dem die gezielten Tötungen stattfinden sollen, damit auch einverstanden sein.

Wie viele zivile Opfer können hingenommen werden? Osama bin Laden in einem Haus mit einem vierjährigen Kind wäre noch akzeptabel. Wenn es aber drei oder vier Kinder sind? Oder wenn er sich in einer Schule aufhält? Viele werden dann sagen: nein!

Die Folgen ungeprüfter nachrichtendienstlicher Bodeninformationen könne tragisch sein. Im September 2009 wurden zwischen 70 und 125 Personen, viele von ihnen Zivilisten, durch einen NATO Luftschlag getötet. Sie zapften Sprit von liegen gebliebenen Tankfahrzeugen und wurden fälschlicherweise mit aufständischen Taliban verwechselt.

Die Urdu Zeitung „Jang“ erklärte, Obama würde sich seine Ohren zu halten, um nicht die Schreie von tausenden von Frauen hören zu müssen, die seine Drohnen in Staub verwandelt haben. Aber die US Administration hielt ihre Vorgehensweise in der Region unbeirrt aufrecht, bis Mehsud getötet werden konnte.

Bruce Riedel, ein ehemaliger CIA Funktionär, der für die Beratung der Obama-Regierung bezüglich Afghanistan und Pakistan eingesetzt war, beurteilt die Handlungsmöglichkeiten Obamas als äußerst beschränkt. Er verglich die Drohnenangriffe damit, einen Bienenschwarm zu bekämpfen, und zwar jede Biene einzeln. Dabei wird der Bienenschwarm aber immer weitere Bienen hervorbringen. Es sei aber das einzige Mittel, Al-Kaida tatsächlich zu treffen. Der Grund, warum die US-Regierung das Programm fortsetzt ist offensichtlich, es sei tatsächlich ihr einzigstes Mittel, das ist alles, was sie zur Bekämpfung von Al-Kaida noch habe.

**Helmut Woda ist Mitglied im
Karlsruher Friedensbündnis**



Aus alt mach neu: Die Raketenabwehrpläne der USA

Von Otfried Nassauer

Es herrschte eine gute Atmosphäre beim Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton in Moskau. Die Entscheidung von Präsident Obama, auf die Installation des von der Bush-Regierung geplanten Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien zu verzichten, hat zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Washington und Moskau beigetragen. Gleichwohl blieb die russische Regierung zurückhaltend, was amerikanische Angebote zur Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr angeht. Noch herrsche nicht ausreichend Klarheit über das, was Washington nun eigentlich plane, sagte der russische Außenminister Lawrow. Otfried Nassauer hat recherchiert, was sich über die neuen amerikanischen Pläne herausfinden lässt:

Westeuropa atmete hörbar auf, als US-Präsident Barack Obama am 17. September bekannt gab, seine Regierung verzichte auf die Stationierung des umstrittenen Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik. Obama bekam breite Zustimmung. Angela Merkel sah in seinem Schritt ein - Zitat - „hoffnungsvolles Signal, die Schwierigkeiten mit Russland zu überwinden.“ Außenminister Steinmeier begrüßte die Gelegenheit - Zitat - „das Thema Raketenabwehr in Europa noch einmal mit allen Partnern neu zu diskutieren.“ Auch die russische Regierung reagierte positiv. In der allgemeinen Erleichterung ging der zweite Teil von Obamas Entscheidung weitgehend unter: Der US-Präsident kündigte an, er werde die bisherige Planung für eine Raketenabwehr in Europa durch eine neue ersetzen. Wie aber sieht diese neue Planung aus?

Ausgangspunkt war eine Neubewertung der iranischen Raketenprogramme. Der Iran mache große Fortschritte bei der Entwicklung von Kurz- und Mittelstreckenraketen. In absehbarer Zukunft könnten diese eine konkrete Bedrohung für US-Truppen und Alliierte im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südosteuropa werden. Interkontinentalraketen dagegen, die das amerikanische Festland erreichen könnten, seien Zukunftsmusik. So die neue Einschätzung. Aufgrund dieser Analyse entschied sich Obama, den Schwerpunkt der amerikanischen Planung für die Raketenabwehr in Europa zu verlagern.

Seine Regierung will zunächst Abwehrsysteme gegen Raketen kurzer und mittlerer Reichweite aufstellen. Zugleich will sie sich die Möglichkeit bewahren, auf überraschende Fortschritte des Irans bei der Entwicklung von Langstreckenraketen flexibel zu reagieren.



Bild: wikimedia

Das heißt konkret: In einem ersten Schritt sollen ab 2011 Abfangsysteme auf Kriegsschiffen mit dem AEGIS-System, der neuen Abfangrakete SM-3 und mit Hilfe des landgestützten mobilen Radarsystems AN/TPY-2 im Mittelmeerraum sowie im Nahen Osten und Mittleren Osten stationiert werden. Dabei gehe es um erfolgreich getestete Systeme, die Raketen mit Reichweiten von bis zu 2.000 Kilometern abfangen können. In einem zweiten Schritt sollen ab etwa 2015 eine leistungsstärkere Version der Abfangrakete SM-3 und bessere Aufklärungssensoren hinzukommen. Damit soll der Raum vergrößert werden, der gegen anfliegende Raketen geschützt werden kann. Neben die seegestützte Version der SM-3 soll eine landgestützte, verlegbare Variante treten. Schrittweise soll ein Schutz für alle NATO-Länder in Europa entstehen.

In weiteren Phasen soll ab 2018 eine neue Version der Abfangrakete SM-3 eingeführt werden, die derzeit entwickelt wird. Sie soll auch Raketen großer Reichweite

und sogar Interkontinentalraketen bekämpfen können.

Die neue Planung sei nicht nur besser an die Bedrohungsentwicklung angepasst, flexibler und kostengünstiger, sie erlaube auch eine viel intensivere Zusammenarbeit mit den Verbündeten in der NATO und mit Russland, heißt es in Washington. Zudem ermöglicht sie eine bessere Koordination mit anderen landgestützten Abfangsystemen für Kurz- und Mittelstreckenraketen wie zum Beispiel Patriot und THAAD.



Bild: wikimedia THAAD Rakete

Zweifelsohne: Das Argument trifft zu. In der NATO wird unter dem Kürzel ALTBMD an einer integrierten Aufklärungs- und Führungsstruktur für eine Raketenabwehr gearbeitet. Sie soll eine Vielzahl nationaler Projekte und Vorhaben integrieren. Auch hier liegt der Schwerpunkt bei den Abwehrmöglichkeiten gegen Raketen mit Reichweiten von bis zu 3.000 Kilometern. Dazu passt Obamas neue Schwerpunktsetzung gut. Viele Staaten können mitwirken und die Stationierung landgestützter SM-3-Raketen oder verlegbarer Radare auf ihrem Territorium zulassen. Das gilt auch für Staaten außerhalb der NATO. In Israel steht zum Beispiel bereits seit 2008 ein solches Radar. Länder wie die Ukraine



oder Georgien haben Interesse an einer Stationierung geäußert. Selbst Russland könnte über eigene Radarsysteme eingebunden werden.

Doch was auf den ersten Blick viele unterschiedliche Interessen gut bedient, hat auch seine Haken. Das wurde deutlich, als Obamas Regierung auf die Enttäuschung reagieren musste, die ihre Entscheidung in Polen und Tschechien hervorrief. Beide Länder hatten sich von den Raketenabwehrsystemen US-Truppen im eigenen Land, deutlich mehr Einfluss in der NATO und vor allem eine langfristige Festlegung versprochen, dass die NATO weiter gegen Russland ausgerichtet bleibe. Nun fühlten sie sich von Obama im Stich gelassen. Washington bemühte sich rasch, die Enttäuschung zu begrenzen. Dabei zeigte sich, dass auch die neue Planung ein zweischneidiges Schwert werden kann. Ellen Tauscher, die stellvertretende Außenministerin für Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheitspolitik, bestätigte am 7. Oktober, dass auch die neuen Pläne die Aufstellung von Abfangraketen in Polen erlauben.

Die US-Regierung habe Polen bereits angeboten, landgestützte SM-3 Raketen zu stationieren und eine Änderung des Stationierungsvertrages vorgeschlagen. Der Tschechischen Republik sei angeboten worden, das Hauptquartier für Raketenabwehr dort einzurichten. Generalleutnant O' Reilly, der Chef der Raketenabwehragentur, wies darauf hin, dass man für den Preis der bisher geplanten zehn Abfangraketen jetzt bis zu 70 der neuen Abfangflugkörper kaufen könne.

Das wirft die Frage auf, ob die neue Planung Russland auch auf längere Sicht beruhigen kann? Kurzfristig ist es gewährleistet, weil ein Abwehrsystem gegen Mittelstreckenraketen Russlands nukleare Abschreckung nicht ernsthaft gefährden kann. Doch mittelfristig ändert sich das Bild: Sollten ab 2020 leistungsgesteigerte SM-3-Raketen stationiert werden, die auch Langstreckenraketen abfangen können, so droht aufs Neue die kontroverse Debatte der letzten Jahre. Zudem zeigen die Planungsdokumente der US-Raketenabwehragentur, dass die Entwicklung der bislang in Polen geplanten zweistufigen Abfangrakete nicht gestoppt wird. Sie soll als Rückfalloption zur Verfügung stehen, falls technische Probleme bei der Umsetzung der neuen Planung

auftreten. Im Herbst 2010 soll sie erstmals getestet werden.

Kritiker der Raketenabwehr in den USA weisen zudem darauf hin, dass auch Obamas Plan für die Raketenabwehr in Europa technische Risiken birgt und keinen glaubwürdigen Schutz garantiert. Ähnlich wie das von George W. Bush geplante Raketenabwehrsystem seien die Abfangraketen vom Typ SM-3 noch nie unter realitätsnahen Bedingungen gegen angreifende Raketen mit Täuschkörpern getestet worden.



Bild: Sepah News, angebliche Raketenbatterie

Auf die Bundesregierung kommt darüber hinaus ein Problem besonderer Art zu. Washington will Israel in die Raketenabwehr für Europa einbinden. Die schon erwähnte Stationierung eines Radars und die Zusammenarbeit bei Israels Raketenabwehrsystem Arrow 2 machen das deutlich. Israel will dabei eigene Fähigkeiten einbringen und diese künftig noch erweitern. Es plant deshalb den Bau von zwei großen Korvetten, die über ein Radar verfügen sollen, das zur Raketenabwehr fähig sein soll. In die Schiffe soll auch ein Senkrechtstarter für Flugkörper integriert werden, der von der US-Marine zum Verschuss von SM-3-Raketen genutzt wird. Die Schiffe sollen bei der Hamburger Werft Blohm & Voss konzipiert werden. Ihre Beschaffung hat hohe Priorität, aber Israel fehlt das nötige Geld, um sie zu finanzieren. Es dürfte deshalb nur eine Frage der Zeit sein, bis die Bundesregierung vor einer altbekannten Frage steht: Ist sie bereit, Israel wie bei den Dolphin-U-Booten mit Geld aus dem Bundeshaushalt unter die Arme zu greifen?

Quelle: NDR, Das Forum STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN, gesendet am 17.10.09 Internet: ndrinfo.de
Otfried Nassauer (* 1956 in Siegen) ist freier Journalist und Friedensforscher

Die Behauptung, vom Iran gehe eine atomare Bedrohung aus, ist eine Lüge

Obamas Anfeindungen gegen den Iran verfolgen eine andere Absicht: Mit Hilfe der Medien soll die Öffentlichkeit auf einen endlosen Krieg vorbereitet werden

von John Pilger
 NEW STATESMAN, 01.10.09

(<http://www.newstatesman.com/international-politics/2009/10/iran-nuclear-pilger-obama>)

Im Jahr 2001 veröffentlichte der OBSERVER eine Reihe von Berichten, in denen behauptete wurde, es bestehe eine "irakische Connection" zu Al-Qaida; darin wurde sogar die Basis im Irak beschrieben, in der Terroristen ausgebildet würden, und eine Einrichtung genannt, in der Anthrax (Milzbrand) als (biologische) Massenvernichtungswaffe hergestellt werde.

Das war alles falsch. US-Geheimdienste und Exiliraker hatten erfundene Geschichten in britische und amerikanische Medien lanciert, die es George Bush und Tony Blair ermöglichten, eine illegale Invasion zu starten, die nach neuesten Studien 1,3 Millionen Iraker das Leben gekostet hat.

Eine ähnlich Kampagne läuft jetzt gegen den Iran: die gleiche Serie von "Enthüllungen"

durch Regierungen und Medien, das gleiche Gerede über eine Krise. "Wegen einer geheimen Atomanlage zeichnet sich ein Showdown mit dem Iran ab", erklärte der OBSERVER am 26. September. "Showdown" (Kraftprobe) ist das neue Thema, ein High Noon (Anlehnung an den Western "Zwölf Uhr mittags") zeichnet sich ab. Die Uhr tickt. Das Gute kämpft gegen das Böse. Ein neuer verbindlicherer US-Präsident hatte doch versprochen, die Bush-Jahre auszulöschen.

Erinnern wir uns an die berühmte Titelseite des GUARDIAN vom 22. Mai 2007: "Irans heimlicher Plan für eine Sommeroffensive zur Vertreibung der US-Truppen aus dem Irak". Ihr Autor Simon Tisdall berief sich auf haltlose Behauptungen aus dem Pentagon über einen iranischen "Kriegsplan", nach dem die US-Streitkräfte im September (2007) angegriffen und aus dem Irak vertrieben werden sollten; das war nachweislich ei-



ne Falschmeldung, die aber nie demontiert wurde. (THE OBSERVER und THE GURDIAN sind britische Zeitungen.)

Im offiziellen Jargon heißt diese Art Propaganda "Psy-Ops", das ist das militärische Kürzel für "Psychologische Operationen". Im Pentagon und in Whitehall sind sie zu einem wichtigen Bestandteil einer diplomatischen und militärischen Kampagne geworden, die den Iran blockieren, isolieren und schwächen soll; eine angeblich vom Iran ausgehende "atomare Bedrohung" wird von Barack Obama und Gordon Brown systematisch aufgebraucht, und von der BBC und den anderen Medienanstalten als objektive Nachricht nachgeplappert und verbreitet. Dabei ist auch das wieder eine Fälschung.

Die Drohung ist einseitig

Am 16. September gab (das US-Nachrichtenmagazin) NEWSWEEK bekannt, dass die wichtigsten US-Geheimdienste dem Weißen Haus berichtet hätten, der "atomare Status" des Irans habe sich seit der National Intelligence Estimate (der Einschätzung der nationalen Geheimdienste) vom November 2007 nicht verändert; damals wurde mit "ziemlicher Sicherheit" festgestellt, dass der Iran 2003 sein vermutetes (Atomwaffen-)Programm eingestellt habe. Auch die International Atomic Energy Agency / IAEA hat das immer wieder bestätigt.

Die gegenwärtige Propaganda wird ergänzt durch die Ankündigung Obamas, die Vereinigten Staaten verzichteten darauf, Raketen in der Nähe der russischen Grenze aufzustellen. Damit soll nur die Tatsache kaschiert werden, dass sich die Anzahl der in Europa zu stationierten US-Raketen in Wirklichkeit erhöhen wird, weil (mehr als) die Raketen, auf die angeblich verzichtet wurde, auf Schiffen stationiert werden sollen. Russland soll mit diesem Spiel nur dazu gebracht werden, sich der US-Kampagne gegen den Iran anzuschließen oder sie wenigstens nicht zu behindern. Obama verkündete: "Präsident Bush hatte Recht damit, dass die ballistischen Raketen des Irans eine schwere Bedrohung [für Europa und die Vereinigten Staaten] darstellten." Dabei ist die Behauptung, der Iran könnte einen selbstmörderischen Angriff auf die Vereinigten Staaten erwägen, einfach absurd. Die Bedrohung ist wie immer sehr einseitig und geht von der einzigen Supermacht der Welt aus, die den Iran umzingelt hat.

Irans Verbrechen ist seine Unabhängigkeit. Da Amerikas Lieblingstyrann Schah Reza Pahlavi von seinem Thron vertrieben wurde, ist der Iran der einzige ölfreiche muslimische Staat, der nicht unter US-Kontrolle steht. Weil nur Israel ein garantiertes "Existenzrecht", im Nahen Osten haben soll, haben die Vereinigten Staaten die Absicht, die Islamische Republik (Iran) zu schwächen. Wenn Israel nicht länger von einem selbstbewussten Iran behindert wird, kann es auch im Interesse Washingtons den Nahen Osten teilen und beherrschen.

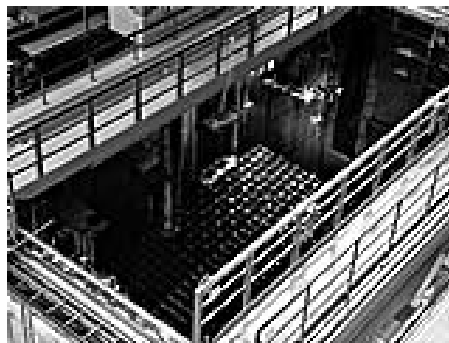


Bild: Reaktorkühlwasser, auswaertiges-amt.de

Wenn sich irgendein Staat auf der Welt dringend die Fähigkeit zur "atomaren Abschreckung" verschaffen müsste, dann ist das der Iran. Als einer der ursprünglichen Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrags ist der Iran von Anfang an ein konsequenter Verfechter einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten gewesen. Im Gegensatz zum Iran hat Israel nie einer Inspektion durch die IAEA zugestimmt, und seine Atomwaffenanlage bei Dimona bleibt ein offenes Geheimnis. Trotz seiner etwa 200 einsatzfähigen Atomsprenghköpfe hat Israel alle UN-Resolutionen, in denen es zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags aufgefordert wurde, zurückgewiesen, ebenso den neuen UN-Report, der es anklagt, in Gaza Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben; obwohl Israel den Weltrekord bei der Übertretung des Völkerrechts hält, ist es immer ungeschoren davon gekommen, weil ihm eine Großmacht den Rücken freihält.

Vorbereitung auf einen endlosen Krieg

Hinter Obamas Kraftprobe mit dem Iran steckt noch ein anderer Plan. Die Medien auf beiden Seiten des Atlantiks sollen die Öffentlichkeit auf einen endlosen Krieg einstimmen. General Stanley McChrystal, der Oberkommandierende der US- und

NATO-Streitkräfte in Afghanistan, braucht nach einer Meldung des US-TV-Senders NBC 500.000 Soldaten und mindestens fünf Jahre für einen Sieg. Ziel dieses Krieges ist die "strategische Sicherung" der Gas- und Ölfelder des Kaspischen Meeres, Zentralasiens, des persischen Golfs und des Irans – mit anderen Worten: die Herrschaft über Eurasien. Aber dieser Krieg wird von 69 Prozent der Briten, von 57 Prozent der US-Amerikaner und von fast allen anderen Menschen angelehnt. Es wird nicht leicht sein, "uns alle" davon zu überzeugen, dass der Iran der neue Dämon ist. McChrystals Unterstellung, der Iran "trainiere nach bestätigten Berichten Kämpfer für bestimmte Talibangruppen", ist dazu so wenig geeignet, wie Browns pathetisches Echo von "der Linie im Sand". (Der britische Premier wollte damit wohl ausdrücken, dass bald ein Schlussstrich unter die Verhandlungen mit dem Iran gezogen werden müsse.)

Während der Bush-Jahre soll nach Aussage des bekannten Informanten Daniel Ellsberg, in den Vereinigten Staaten ein militärischer Staatsstreich stattgefunden haben, der dem Pentagon entscheidenden Einfluss auf alle Gebiete der US-Außenpolitik verschafft haben soll. Belege für die vom Pentagon ausgeübte Kontrolle sind die Anzahl der gleichzeitig geführten Angriffskriege und die beschlossene Doktrin des "atomaren Erstschlags", welche die Schwelle zum Einsatz von Atomwaffen gesenkt und die Unterscheidung zwischen konventionellen und atomaren Waffen verwischt hat.

All das lässt Obamas Gerede über "eine Welt ohne Atomwaffen" als reine Rhetorik erscheinen. In Wirklichkeit ist er die wichtigste Stütze des Pentagons. Seine Entscheidung, Bushs "Verteidigungsminister", den Erzkriegstreiber Robert Gates, in seine Regierung zu übernehmen, ist einmalig in der US-Geschichte. Gates hat seinen Wert in vergangenen Kriegen vom südlichen Asien bis zum Horn von Afrika bewiesen. Wie das Amerika Bushs wird auch das Amerika Obamas von einigen sehr gefährlichen Leuten beherrscht. Wir sollten gewarnt sein. Wann werden diejenigen, die dafür bezahlt werden, dass die Dinge richtig laufen, ihren Job machen?

von John Pilger
NEW STATESMAN, 01.10.09



Deutsche Piratenjäger als Vorhut für die "Marine 2025+"

**Neue Konzepte, neue Taktiken, neue
Schiffe – das alles wird auch vor Somalia
erprobt**

Von René Heilig

Die Militäroperation »Atalanta« kann die Piraten am Horn von Afrika offenbar nur mäßig abschrecken. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden nach Angaben der Internationalen Seefahrtsbehörde (IMB) mehr Angriffe von Piraten verzeichnet als im gesamten vergangenen Jahr.



Bild: Seefernaufklärer Orion P-3C, wikimedia

Vor der somalischen Küste wurden zwischen Januar und September 47 Attacken gemeldet. Im Vorjahreszeitraum waren es 12. Für den gesamten Golf von Aden stieg die Anzahl der Angriffe in den ersten neun Monaten auf 100, das waren schon fast doppelt so viele wie die 51, die in der Vorjahresperiode registriert wurden – bevor der »Atalanta«-Einsatz begann.

Solche Statistiken sind mit Vorsicht zu genießen. Andere Experten meinen aus denselben Daten andere Schlussfolgerungen herauslesen zu können. Kernpunkt: Während somalische Piraten im dicht patrouillierten Golf von Aden offenbar keine Ziele mehr finden (in den vergangenen Wochen wurden hier keinerlei Zwischenfälle gemeldet), steigert sich offenbar die Piratenaktivität im Somaliabecken. Vor allem die im Indik nordwestlich der Seychellen begonnene Thunfischfangsaison scheint den Piraten lohnende Ziele zu bieten.

Mehrere hundert Seemeilen von der somalischen Küste entfernt wurden hier

zahlreiche Kaperversuche registriert. Am 15. Oktober enterten Piraten das unter der Flagge Singapurs fahrende Containerschiff »Kota Wajar«. Vermutlich weil zuvor mehrere Überfälle auf Thunfischfänger fehlgeschlagen sind. So griffen am 10. Oktober Piraten die Schiffe »Drenec« und »Glenan« an. Doch auf denen führen französische Marineinfanteristen, die seit Juli bereits unter der Trikolore fahrende Trawler schützen. Am 13. Oktober konnten eingeschifft französische Elitekämpfer Angriffe auf die Thunfischer-Mutterschiffe »Via Avenir« und »Via Mistral« abwehren.

Am gleichen Tag hat die zur Zeit im Somaliabecken operierende deutsche Fregatte »Bremen« einen Überfall verhindert. Da der jedoch noch nicht stattgefunden hatte, musste man die elf Verdächtigen wieder ziehen lassen. Freilich nicht ohne zwei der drei somalischen Fischerboote zu versenken. Auf welcher rechtlichen Grundlage das geschah, ist unklar.



Bild: Marineschiff, wikimedia

Klar dagegen ist, wohin die Piratenhatz – zumindest aus Sicht der Deutschen Marine – führen soll. Es geht darum, Erfahrungen zu sammeln für »die Verknüpfung des maritimen Wirkraums mit den Schwerpunkten »Expeditionary Navy« und »Schutz der Küstengewässer und Seeverbindungslinien Deutschlands und seiner Verbündeten«. So kompliziert formuliert es Vizeadmiral Wolfgang Nolting als Einführung in die vertrauliche »Zielvorstellung Marine 2025+«.

Man kann eigentlich nur staunen, wie perspektivisch exakt sich die Marine in die politischen Zielvorgaben der herrschenden deutschen Politik einpasst. Volldampf voraus, denn das deutsche Engagement wird »nicht hinter den aktuellen Stand zurück fallen«, heißt es in dem 40-seitigen geheimen Papier. Die Analyse ist unmissverständlich: »Eine sich absehbar verschärfende Konkurrenz um den Zugang zu Rohstoffen und ande-

ren Ressourcen erhöht das zwischenstaatliche Konfliktpotenzial. Konventionelle, reguläre Seestreitkräfte regionaler Mächte können dabei den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage des deutschen und europäischen Wohlstands ebenso gefährden wie kriminelle oder terroristische Bedrohungen der maritimen Sicherheit.«

Deutschlands Marine begnügt sich – streitkräfteübergreifend – nicht mehr mit kaiserlichen »Pantersprüngen«. Sie muss »dauerhaft, auch in großer Entfernung, im multinationalen Rahmen und unter Bedrohung vor fremden Küsten operieren können«. Natürlich wird dabei nicht vergessen, dass man auch einer wachsenden Migrationsgefahr Kriegsschiffe entgegen schicken können muss.

Wer glaubt, dass Fregatten und – so sie mal wieder seetauglich sind – auch deutsche Korvetten und U-Boote irgendwo an irgendwelchen Küsten als »Show of Force« vorbeischippern, ist naiv. Längst denkt man über vernetzte Landungsoperationen und darüber nach, ob zwei große sogenannte JSS Landungsschiffe mit je 800 Angreifern besser sind als drei JSS mit je 400 Infanterie-Kriegern. Alternativ ist auch »Variante 3« in der Diskussion. Diese Plattformen für Expeditionskorps wären nur ein wenig spartanischer ausgestattet.



Foto: Wikipedia, Joint Support Ship (JSS)

Bei all diesen Plänen gibt es noch viele Unbekannte: Wie lange halten Schiffe und Mannschaften durch fern der Heimat, wie müssen vernetzte Operationen geführt werden ... So gesehen ist die Piratenjagd vor Somalia, so umstritten ihre Erfolge auch erscheinen mögen, ein einzigartiger Laborversuch.

Neues Deutschland, 23. Oktober 2009



Das erpresste „Ja“

Schrankenlose EU-Militärpolitik nach dem Referendum in Irland?

Von Claudia Haydt



Bild: Claudia Haydt, flickr

Am Freitag, den 2. Oktober 2009 fand in Irland die zweite Abstimmung über den Lissabon-Vertrag statt. 67 Prozent sprachen sich für den Lissabon-Vertrag aus, 33 Prozent dagegen. Von fairen und freien Wahlen konnte dabei jedoch kaum die Rede sein. Besonders das Ja-Lager argumentierte kaum mit den Inhalten des Vertrages. Die Debatte spitzte sich zu auf die Frage der möglichen Isolation Irlands bei einem „Nein“ und auf die erhoffte Wirtschaftshilfe „aus Brüssel“ zur Überwindung der irischen Krise und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Nach Einschätzung von Michael Youlton, einer der Sprecher des progressiven Nein-Lagers, war das „Nein“ in den Medien im Vergleich zur „Ja-Seite“ im Verhältnis eins zu fünf unterrepräsentiert und im Verhältnis eins zu zwanzig unterfinanziert bei der Durchführung ihrer Kampagnen im Vorfeld der Referendums. Die Brüsseler Kommission und die europäischen Schwesterparteien der großen irischen Parteien beließen es nicht nur bei verbaler Unterstützung des Lissabon-Vertrags, sie finanzierten die Ja-Kampagne massiv. Zusammen mit der Finanzierung des „Ja“ durch Privatunternehmen wie Intel und Ryanair entstand so ein massiver Druck auf die Bevölkerung. „Die Iren stimmten mit der Pistole an der Schläfe ab“, kommentierte die

konservative polnische Zeitung „Rzeczpospolita“ treffend.

Risikofaktor Tschechien

Nun muss der Lissabon-Vertrag noch in zwei weiteren Staaten ratifiziert werden. Was oberflächlich wie ein großer Erfolg aussieht, birgt jedoch immer noch jede Menge Risiken in sich. Der polnische Staatspräsident kündigte zwar an, den Vertrag zu ratifizieren, nachdem Irland zugestimmt hat, aber der tschechische Präsident Vaclav Klaus möchte mit seiner Unterschrift warten, bis der tschechische oberste Gerichtshof über eine zweite Klage von tschechischen Senatsabgeordneten, die am 29. September eingereicht wurde, entschieden hat. Dadurch könnte sich die tschechische Unterschrift bis ins Jahr 2010 verzögern. Im Frühjahr nächsten Jahres wiederum finden in Großbritannien Wahlen statt. Die britischen Konservativen kündigen bereits jetzt an, dass sie ein Referendum durchführen und gegebenenfalls die britische Unterschrift zurückziehen würden, wenn der Lissabon-Vertrag im nächsten Jahr noch nicht abschließend ratifiziert ist. Solange noch nicht alle Unterschriften hinterlegt und der Vertrag damit gültig ist, kann ein Land jederzeit seine Unterschrift wieder zurücknehmen.



Bild: flickr

Leere Versprechungen

Die irische Regierung hatte im Juni diesen Jahres eine Reihe von "Garantien" mit der Europäischen Union ausgehandelt, die die Bedenken in der irischen Bevölkerung zerstreuen sollten. So soll Irland auch in einer verkleinerten Kommission einen Kommissar stellen dürfen, die irische Neutralität und Steuer- sowie Abtreibungsgesetzgebung sollen geachtet werden. Bei der Abtreibungsfrage ging es

vor allem um die Befriedung der katholischen Kirche Irlands. Doch Analysen der Motivation des Nein-Lagers beim letzten Referendum kamen klar zum Ergebnis, dass das Nein vor allem bei jungen Menschen und bei Frauen favorisiert wurde. Beide Gruppen sprechen sich mehrheitlich für liberalere Abtreibungsgesetze aus. Wichtiger ist die Frage der Neutralität, da die NATO-Gegnerschaft in der Bevölkerung weit verbreitet ist und eine militarisierte Europäische Union wenige Freunde in Irland hat. Auch Fragen der Privatisierung, der Arbeiterrechte, der Gesundheitsversorgung und der Regulierung der Landwirtschaft spielten eine wichtige Rolle bei der Ablehnung. Nur einem Teil dieser Bedenken wurde in den verhandelten "Garantien" überhaupt Rechnung getragen. Doch auch sie sollen nicht Teil des Vertragstextes des Lissabon-Vertrags werden. Damit sind sie nicht verbindlich und haben den Charakter bloßer Absichtserklärungen.

Verfasste Militarisierung

Der irische Regierungschef Brian Cowen erklärte nach dem Referendum „Heute ist ein guter Tag für Irland und ein guter Tag für Europa.“ Ganz Europa kann er damit nicht gemeint haben, denn besonders für die ärmeren Teile der Bevölkerung ist bei einer, durch den Lissabon-Vertrag gestärkten neoliberalen EU-Wirtschaftspolitik, mit einer weiteren Verschlechterung ihrer rechtlichen und ökonomischen Situation zu rechnen. Besonders freuen über den Ausgang des Referendums dürften sich jedoch die europäischen Militärs und Rüstungslobbyisten. Der Lissabon-Vertrag macht die EU endgültig zu einem Militärblock. Dazu trägt nicht zuletzt die Solidaritätsklausel (Titel VII, Art. 222) bei, die festlegt, dass die Union im Kriegs- und Krisenfall „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel (mobilisiert), einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“. Durch die Einführung eines europäischen Außenministers (Hoher Repräsentant) mit einem eigenen diplomatischen Corps wird die EU wahrscheinlich wirklich handlungsfähiger in der Außenpolitik, da sie aber gleichzeitig nicht demokratischer wird (das Parlament wird nur „informiert“), ist damit zu rechnen, dass es vor allem darum geht, schneller Kriege beginnen und durchführen zu können.



Dazu wird auch der neu eingerichtete Anschlagfonds (Art. 41,3) beitragen, eine Art „schwarzer Kriegskasse“, in die die Mitglieder einzahlen, um jederzeit mit einer militärischen Mission beginnen zu können. Darüber hinaus soll sich die militärische Außenpolitik aber künftig auch aus dem allgemeinen EU-Haushalt bedienen können, indem Regelungen erlassen werden, die „den schnellen Zugriff auf die Haushaltsmittel der Union zu gewährleisten“. Das war unter den bisher gültigen Nizza-Gesetzen nicht möglich. Profitieren wird von diesem Zugriff auf EU-Finzen auch die Rüstungsagentur, die nun Verfassungsrang erhält und nicht nur die EU-Aufrüstung koordiniert, sondern auch die EU-Rüstungsproduktion und Rüstungsforschung stärken soll. Ebenfalls neu ist die Möglichkeit ein militärisches Kerneuropa im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) zu etablieren. Mitgliedstaaten, die im Militärbereich besonders hohe Zielvorgaben für Rüstungsausgaben und die Bereitstellung von Truppen erfüllen, können sich zur SSZ zusammenschließen. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Außenpolitik wird hier nicht einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit entschieden. So wird strukturell die Wahrscheinlichkeit für EU-Kriegseinsätze noch höher als sie es bereits ist, verstärkt wird dies dadurch, dass der Lissabon-Vertrag auch den Katalog der Militäreinsätze, die in Frage kommen, noch deutlich über die so genannten Petersbergaufgaben hinaus erweitert hat (Art. 43,1). Das „Ja“ im irischen Referendum war somit sicher kein schöner Tag für die Idee eines friedlichen Europa.

IMI-Standpunkt 2009/055 - in: AUSDRUCK (Oktober 2009)

Termine

Vortrag und Diskussion "NATO-Kriege und kein Ende - kann oder muss es einen Ausstieg aus dem Bündnis geben?"

mit Andraes Zumach (Journalist, Genf),
Freitag, 20. November 2009 Freiburg, 19.30 Uhr, Uni Freiburg, KG III, Hörsaal

Mahnwache mit Infostand

zur bundesweiten Abstimmungsaktion im Vorfeld der Bundestagsentscheidung zur

Mandatsverlängerung der Bundeswehr in Afghanistan

Samstag, 21. November 2009 Karlsruhe, 11-13 Uhr, Marktplatz

Kulturveranstaltung

"60 Jahre Heckler & Koch: Kein Grund zum Feiern!", Pflugsaal Rottweil u.a. mit dem Theaterstück "Der Auftrag" von Karzan Mehmud und weiteres Kulturprogramm,

Samstag, 21.11.2009 Rottweil, Pflugsaal Rottweil

IMI-Kongress 2009

"Krisenmanagement! `Sicherheitsarchitektur` im globalen Ausnahmezustand."

Samstag, 21. Nov.2009 - 22. Nov. 2009 Tübingen, Deutsch-Amerikanisches Institut (D.A.I.), Karlstr. 3

Veranstaltung: Afghanistan – Krieg ohne Ende?

Der Einsatz der NATO in Afghanistan hat eine dramatische Eskalationsspirale in Gang gesetzt. Trotz der katastrophalen Situation soll das deutsche Engagement bei der anstehenden Mandatsverlängerung nochmals ausgebaut werden. Der Vortrag beleuchtet deshalb die Frage, weshalb gerade auch von deutscher Seite krampfhaft an dem NATO-Einsatz festgehalten wird und beschreibt die strategischen und ökonomischen Interessen hinter der deutschen Beteiligung. Referent: Jürgen Wagner, Politikwissenschaftler und geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IM) e.V.

Dienstag, 24. November, 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus Stuttgart

Vortrag und Diskussion

"Solidarität mit den Menschen im Irak" mit Christine Hoffmann (Generalsekretärin von Pax Christi Deutschland, Berlin),
Mittwoch, 25.11.2009 Ravensburg, 20 Uhr, Spital-Café, Bachstraße

Vortrag und Diskussion "Ein Jahr Obama - Fortschritt oder Stillstand?" mit Andreas Zumach (Journalist, Genf),
Donnerstag, 26. November 2009 Nürtingen, 19.30 Uhr, Kath. Gemeindehaus, Vendelaustraße

Demonstration

Keine Mandatsverlängerung!
Bundeswehr und NATO raus aus Afghanistan!

Samstag, 28. November, 13 Uhr Stuttgart, Lautenschlagerstraße Hauptbahnhof

Vortrag und Diskussion

"Verzicht auf Militärforschung am Karlsruhe Institute of Technology. Herausforderung und Chance" mit Subrata Ghoshroy (US-Wissenschaftler, MIT Massachusetts Institute of Technology),

Dienstag, 01.12.2009 Karlsruhe, 17.30 Uhr, KIT, Uni Karlsruhe, Großer Bau-Ing.-Hörsaal, Gebäude 10.50, Hochhaus Durlacher Tor

16. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2009

in Kassel, Universität, Standort: Wilhelmshöher Allee 73

Samstag/Sonntag, 5./6. Dezember 2009

Vorabend:

Freitag, 4. Dezember, 20 Uhr:

Krisen Fest

Ein kabarettistisch-musikalischer Abend zum letzten Stand der Dinge

Vortrag und Diskussion

"Schulalltag in Afghanistan" mit Gabi Sedeqi (Lehrerin in Kabul),

Mittwoch, 09. Dezember 2009 Mannheim, 10.30-12 Uhr, Ökum. Bildungszentrum sanctclara, B5 19

Jahresfriedenstreffen des

Friedensnetzes Baden-Württemberg im Clara-Zetkin-Haus in Sillenbuch, 70619 Sillenbuch, Stuttgart, Gorch-Fock-Straße 26, 14:00 Uhr

Samstag, 12. Dezember 2009

FriedensGala mit der Verleihung des Stuttgarter Friedenspreis 2009

mit Sabrina Fejzuli und Mohammad Reza Golemohammad (Tanz), Dr. Susan Baradosz und Dr. Arpad Pusztai (England / Ungarn, Friedenspreisträger 2009); Cornelia Füllkrug-Weitzel (Direktorin von Brot für die Welt, Laudatio),

Freitag, 18. Dezember 2009 Stuttgart, 19.30 Uhr, Theaterhaus, Siemensstraße

Abrüstung statt Sozialabbau!

**MILLIONEN
FÜR DEN FRIEDEN**

Statt Milliarden für den Krieg!

Aufruf

**Keine Mandatsverlängerung!
Bundeswehr und NATO raus aus
Afghanistan!**

Demonstration

Samstag, 28. November, 13 Uhr

**Stuttgart,
Lautenschlagerstrasse
Hauptbahnhof**

**für die Friedensbewegung
in Baden-Württemberg**

Impressum

Die Friedensblätter werden für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg herausgegeben vom baden-württembergischen Förderverein für Frieden, Abrüstung und Internationale Zusammenarbeit e.V. (Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart) in Zusammenarbeit mit dem Friedensnetz Baden-Württemberg.

Im Friedensnetz arbeiten u. a. folgende Friedensgruppen und -organisationen mit: Deutscher Friedenskerverband (DFV), Deutsche Kommunistische Partei, Friedens AK Wiesloch, Friedensbüro Heilbronn, Friedensgruppe Ditzingen, Friedensgruppe Heidenheim, Friedensgruppe Reutlingen, Friedensinitiative Botnang, Friedensinitiative Bruchsal, Friedensinitiative Feuerbach, Friedensinitiative Hallschlag/Bad Cannstatt, Friedensinitiative Leonberg, Friedensinitiative Pforzheim/Enzkreis, Friedensinitiative Neckarauer Bürgerinnen und Bürger, Friedensinitiative Schorndorf, Friedensinitiative Waiblingen, Friedensnetz Calw, Friedensplenum Mannheim, Friedensplenum Tübingen, Horber Initiative für den Frieden, Horkheimer Friedenskreis Heilbronn, Industriegewerkschaft Metall Bezirk Stuttgart, Informationsstelle Militarisation Tübingen, Initiative für Frieden und Abrüstung Backnang, Jungsozialisten in der SPD, Karlsruher Friedensbündnis, Naturfreundejugend Baden, Ökumenische Initiative Ohne Rüstung Leben, Partei Die Linke, Baden-Württemberg, SportlerInnen für den Frieden, Stuttgarter Friedensinitiative, Touristenverein Die Naturfreunde Württemberg und Baden, Verantwortung für den Frieden Gruppe am Forschungszentrum Karlsruhe, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. (VVN-BdA)

Die Beiträge in den Friedensblättern sind von der Redaktion zusammengestellt und geben die Meinung der Autoren, nicht in jedem Fall die der im Friedensnetz mitarbeitenden Organisationen wieder.

Anschrift von Redaktion, Abo- und Anzeigenverwaltung:

Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, Tel 0711-63 68 240, Fax 60 07 18, Email friedensblaetter@friedensnetz.de

Redaktion: Thomas Mitsch (V.i.S.d.P.)

Titelbild: onheartforpeace

Die Friedensblätter erscheinen mind. 4 mal jährlich, in der Regel ergänzt durch kurze Extra-Ausgaben zu wichtigen Anlässen. Das Jahresabo kostet EUR 14. Darüber hinaus werden Spenden dringend benötigt.

Bankverbindungen:

Abos, Rechnungen, Spenden:

Paul Russmann, Sonderkonto Friedensnetz, Kto.Nr. 65 20-706 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Spenden (Spendenquittung nach Ablauf des Jahres): Bad.-Württ. Förderverein Frieden e.V., Kto.Nr. 1963 74-704 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 oder Kto.Nr. 563 131 004 bei der Volksbank in Stuttgart BLZ 600 901 00. (Für Mitglieder und fördernde Mitglieder des Vereins ist der Bezugspreis der Friedensblätter im Beitrag enthalten.)

<http://www.friedensnetz.de>